

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVI/242

20. Dezember 1971

Das neue Betriebsverfassungsgesetz als Test

Fazitmerkungen zum Thema Arbeitnehmer und CDU

Von Prof. Dr. Horst Ehmke MdB
Bundesminister im Bundeskanzleramt

Seite 1 / 39 Zeilen

Die große Parteichance für die Frauen

Emanzipatorische Parteitagebeschlüsse machen
den Weg nach vorn frei

Von Annemarie Renger MdB
Mitglied des SPD-Präsidiums, Vorsitzende des
Bundesfrauenausschusses der SPD und Parlamen-
tarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion

Seite 2 und 2a / 58 Zeilen

SPD erfüllt ihren demokratischen Auftrag

Jetzt stehen die Unionsparteien vor dem
harten Schnitt

Seite 3 und 4 / 67 Zeilen

Der Mann nach Wischnewski

Zum Rücktritt des ersten SPD-Bundesgeschäfts-
führers

Seite 5 und 6 / 62 Zeilen

Cholredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 + 38
Telex: 260 346 / 886 847
685 548 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Das neue Betriebsverfassungsgesetz als Test

Fazitmerkungen zum Thema Arbeitnehmer und CDU

Von Prof. Dr. Horst Ehmke MdB
Bundesminister im Bundeskanzleramt

Dr. Norbert Blüm, Hauptgeschäftsführer der CDU-Sozialausschüsse, hat in jüngster Zeit einige bemerkenswerte Äußerungen über Selbstverständnis, Bedeutung und Politik der Sozialausschüsse der CDU getan - Äußerungen, die den Mitgliedern dieser "Arbeitnehmervereinigung" eigentlich Anlaß zum Nachdenken über ihre Wirkungsmöglichkeiten innerhalb der CDU geben sollten.

Dr. Blüm hat festgestellt: "Ein Großteil der gesellschaftspolitischen Reformen läßt sich nur mit einer die Parteigrenzen übergreifenden Solidarität der Arbeitnehmer erreichen."

Richtig, denn gerade dieser Teil unserer Bevölkerung hat nach den von ihm entscheidend mitgetragenen Leistungen des Wiederaufbaus einen berechtigten Anspruch auf Reformen, die ihm zugutekommen.

Die jüngsten politischen Vorgänge um das neue Betriebsverfassungsgesetz machen jedoch deutlich, welchen geringen Einfluß die Sozialausschüsse in der CDU haben.

In der abschließenden Lesung des Betriebsverfassungsgesetzes im Deutschen Bundestag haben nicht einmal zehn von der CDU/CSU-Abgeordneten diesem Gesetz zugestimmt. Dies obwohl trotz verschiedener unerfüllt gebliebener Wünsche der DGB das neue Betriebsverfassungsgesetz als einen wesentlichen Fortschritt begrüßt hat und obwohl auch die Vertreter der Sozialausschüsse in dem Gesetzentwurf einen Fortschritt sehen.

Die CDU-geführten Bundesländer haben sich nicht gescheut, durch ihre Intervention im Bundesrat das neue Betriebsverfassungsgesetz an den Rand des Scheiterns zu bringen. Auch das ist für das Verhältnis der CDU zu ihren Sozialausschüssen kennzeichnend.

Was nützt es, daß CDU-MdB Müller-Emscheid die wenigen Ja-Stimmen der Vertreter der Sozialausschüsse im Bundestag eine "demonstrative Bekundung ihrer Solidarität mit den Arbeitnehmern und Betriebsräten" nennt, wenn seit dem Düsseldorfer Parteitag feststeht, daß die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen nicht zur Politik der CDU gehört. Die Zielsetzung der Sozialausschüsse, Arbeitnehmerinteressen zu vertreten, findet in den entscheidenden Punkten eben keinen Rückhalt in der CDU. Hierzu müßten die Vertreter der Sozialausschüsse erst noch den Boden in der CDU aufbereiten. Erfolge scheinen ihnen bislang nicht sonderlich beschieden gewesen zu sein. - Und wie sagte doch Herr Dr. Blüm: "An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen."
(-/ee/20.12.1971/bgy)

Die große Parteichance für die Frauen

Emanzipatorische Parteitage beschließen den Weg nach vorn frei

Von Annerarie Renger MdB

Mitglied des SPD-Präsidiums, Vorsitzende des Bundesfrauen-
ausschusses der SPD und
Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion

Am § 13 des Organisationsstatutes hat sich auf dem außerordentlichen Parteitag der SPD eine "emanzipatorische Debatte" entzündet. Die junge Delegierte vom Bezirk Mittelrhein, Ulrike Kies, vertrat temperamentvoll den Standpunkt, daß die Frauen des sogenannten "Minderheitenschutzes" nicht mehr bedürfen, und daß alle Bestimmungen des Organisationsstatutes, die eine ausdrückliche und sogar zahlenmäßig festgelegte Vertretung der Frauen fordern, aufgehoben werden sollen. Das betrifft sowohl die Empfehlung des § 13, nach der die Organisation aufgefordert wird, "in alle Vorstände und in alle Delegationen auch Frauen und junge Parteimitglieder zu wählen", als auch den § 24, der für die Vertretung im Parteivorstand obligatorisch vier Frauen vorsieht, sowie den § 29, nach dem in den Parteirat bei einer Mitgliederzahl eines Bezirkes von unter 20.000 eine Frau gewählt werden soll, bei über 20.000 Mitgliedern eine Frau vertreten sein muß.

Schon lange wird darüber diskutiert, ob Minderheitenschutzbestimmungen für die Frau noch ihren Sinn haben, nachdem die politische Gleichberechtigung nicht mehr nur auf dem Papier steht und Frauen auch der Bereich der Politik offensteht. Man fragt sich, ob nicht sogar derartige "Schutzbestimmungen", die von allen Frauen im Grunde genommen als diskriminierend empfunden werden, sogar eine Barriere gegen eine stärkere Vertretung von Frauen in den Gliederungen der Partei und in den Delegationen auf den Unterbezirks-, Bezirks- und Bundesparteitagen sind. Einerseits könnte es sein, daß eine obligatorische Bestimmung für eine bestimmte Vertretungszahl zu dem Ergebnis führt, daß man auf keinen Fall mehr Frauen als die Mindestzahl wählt - wenn auch im Parteivorstand fünf Frauen vertreten sind; zum anderen kann auch durch eine solche Bestimmung für die Frauen der Ansporn fehlen, sich besonders zu engagieren,

weil ja sowieso eine bestimmte Anzahl Frauen zu wählen sind.

Stärker als bisher haben sich auf diesem Bonn-Godesberger SPD-Parteitag Frauen hervor getan, von denen sicher niemand behaupten würde, sie seien "Konzessionsfrauen". Es scheint so, als ob sich bei den Frauen ein Generationswechsel vollzieht, nicht zuletzt durch die besseren Bildungschancen, der deutlich macht, daß man den Konkurrenzkampf mit den Männern nicht scheut. Ja, daß man auch durch den Wegfall von Minderheitenbestimmungen, die geschlechterbedingt sind, die Männer zwingen will, zu begreifen, daß frauemanzipatorische Fragen keine Frauenfragen, sondern allgemeine gesellschaftspolitische Fragen sind. Daß diese Auffassung auch bei der jungen Generation noch nicht selbstverständlich ist, zeigt die Tatsache, daß im Bundesvorstand der Jungsozialisten, der keinen Minderheitenschutz kennt, keine Frau vertreten ist.

Die bisherigen praktischen Erfahrungen haben noch keine optimistischen Ansätze gezeigt, die auf ein Allgemeinverständnis hinweisen. Die Tatsache, daß es Frauen im allgemeinen bei vielfacher Doppelbelastung von Beruf und Familie sehr viel schwerer möglich ist, sich pausenlos in der Parteiarbeit zu erschöpfen und damit jede sich bietende Gelegenheit zur Profilierung wahrzunehmen, bringt die Gefahr mit sich, daß es nur einer kleineren Anzahl unabhängiger Frauen oder Berufspolitikerinnen gelingen wird, sich in der gewünschten Weise durchzusetzen. Diejenigen, die in den Parteien die Kleinarbeit machen, haben dabei noch geringere Chancen.

Es wird jetzt darauf ankommen, die bisherigen Frauengruppen, die nunmehr auf allen Ebenen der Parteigliederung zu Arbeitsgemeinschaften gemacht worden sind, politisch zu aktivieren und durch Breitenarbeit und Bildungsarbeit alle Mitglieder in den Stand zu setzen, sich in der Partei den Platz zu erkämpfen, der ihnen genauso gebührt wie der großen Majorität der Männer. Dabei kann man nur hoffen, daß endlich die Einsicht bei allen Parteimitgliedern Platz greift, daß die Emanzipation erst dann vollendet ist, wenn Männer und Frauen frei sind.

(-/ex/20.12.1971/bgy)

+ + +

SPI erfüllt ihren demokratischen Auftrag

Jetzt stehen die Unionsparteien vor dem harten Schnitt

Die SPD hat ihren Außerordentlichen Parteitag von Bonn-Bad Godesberg mit dem leidenschaftlichen Engagement fortgesetzt und abgeschlossen, das ihr als einer Volkspartei eigen ist, die auf der tragfesten Plattform ihres Godesberger Grundsatzprogramms pragmatisch aufgeschlossen ist für die stets wechselnden Forderungen der neuen Zeitläufe, die sie im demokratischen Grundrahmen zügig bewältigen will.

Daß dieses Bemühen nicht immer salonfähig und schon gar nicht ohne Schrammen abgehen kann, müßte eigentlich jedem selbst politisch engagierten Bürger so selbstverständlich sein, daß er dieses Faktum achtungsvoll zur Kenntnis nimmt. Zudem revoltiert nicht nur in der SPD die junge Generation, wobei sie ihrem Alter gemäß oft weit über die möglichen und sinnvollen Grenzen hinausschießt. Außerdem wird "links" in einer Zeit wieder tonangebend und fordernd, in der sich in sehr vielen Fällen die Unmöglichkeit unabweisbar klar erweist, mit konservativ eingegengten Prinzipien und Mitteln vor allem die gesellschaftspolitischen Probleme zu meistern, das vermag nur Scheuklappenträger erstaunen. Und daß schließlich der Weg in die noch lange nicht völlig erforschte und erkannte Zukunft nicht immer gradlinig und von allem Anfang an absolut festgelegt verlaufen kann, das ist der Preis, den jede demokratische Partei und gerade diese sozialdemokratische Massenpartei für den Fortschritt zahlen muß.

Die Wellen der so wieder in raschere Bewegung geratenen politischen Problematik haben auf dem SPD-Parteitag natürlich auch weit und tief in den Organisationsbereich hineingeschlagen. Die Beschlüßergebnisse werden auch unter den 840.000 Parteimitgliedern noch eingehend zu diskutieren und in die beabsichtigten Kategorien einzuordnen sein. Die beiden Unions-Parteien haben nun, wie zu erwarten war, die Tatsache, daß das Statutenverbot einer "Unterstützung" anderer Parteien und Organisationen - was natürlich auch solche Kontakte zu Außenlinksgruppen einschließt - an einer Sperrminorität hängengeblieben ist, zu der agitatorischen

Verzerrung mißbraucht, daß aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mehr und mehr eine Sozialistische Partei Deutschlands werde. Die latente Kommunistenfurcht des deutschen Bundesbürgers soll zusätzliche Dauernahrung bekommen, wobei auch noch der Slogan von einer angeblichen "Führungskrise" in der SPD wehlwirksam ausgeschlachtet werden soll.

Nun: Der SPD-Parteitag hat mit beeindruckender Mehrheit in die Schiedsordnung einen Passus verankert, der das "Einsetzen" für alle anderen Parteien und Organisationen, also auch für linksextreme, zum parteiinternen Negativfall macht: mit allen sich daraus möglicherweise ergebenden Folgen. Die Vierradbremse für Randerscheinungen, von denen keine politische und sonstige Organisation auf dieser Erde bewahrt bleiben kann, steht also in Notfällen zur Verfügung. Willy Brandt ließ in seiner direkten Art keinen Zweifel an seiner Position: "Ich bin nicht über Gebühr stur, aber hier werde ich weiterkämpfen, weil ich das Ausfransen nicht will!" Mit Willy Brandt hat sich die Partei bereit gezeigt, dieses Ausfransen und auch ein Verheddern in Bereiche, die "links" nicht mehr in demokratischen Kategorien unterzubringen sind, hart zu verhindern.

Die SPD hat als geschlossene Mittellinkspartei einheitlicher Struktur also ihren politischen Abgrenzungsauftrag erfüllt. Die CDU und die CSU werden sich als Mittelrechtsparteien zu bemühen haben, ihren politischen Abgrenzungsauftrag nach rechts außen zu erfüllen: rasch und schmerzvoll. Von dieser demokratischen Pflicht befreit sie nichts und niemand. Vor der Erfüllung dieses Auftrages ist eine Kritik der CDU an der SPD völlig fehl am Platze. Und im Übrigen: Die CDU wird sich zudem sehr angelegentlich zu bemühen haben, auch ihren programmatischen Boden endlich zu festigen und tragfähig zu machen. Mit verworrenem Pragmatismus ist kein Staat mehr zu machen. Die SPD hat sich aus harter Erfahrung entschlossen, das bloße Geschrei nach Demokratie nicht mehr zum Ersatz für harte demokratische Argumente machen zu lassen. So wie die Dinge heute liegen, gibt es bei der CDU und bei der CSU leider nur Geschrei.

(ge/red 20.12.1971 bgy)

Der Mann nach Wischniewski

Zum Rücktritt des ersten SPD-Bundesgeschäftsführers

Wer immer auch der Nachfolger des freiwillig zurückgetretenen ersten SPD-Bundesgeschäftsführers Hans-Jürgen Wischniewski sein wird, es wird ein Mann sein müssen, der vielerlei Eigenschaften aufweisen muß: Durchhaltevermögen, die Kraft zur überzeugend-verbindlich politischen Aussage, umfassende Kenntnis von politisch-strategischen Zusammenhängen und über die in der Bundesrepublik führenden politischen Persönlichkeiten, er muß zuweilen um des übergeordneten Ganzen willen auch robust handeln können und doch Fingerspitzengefühl haben, und er muß die Fähigkeit besitzen, den ihm zur Verfügung stehenden Organisations-Apparat zur maximalen Leistung anzuspornen. Das setzt ein Höchstmaß von organisatorischem Können voraus und ein tiefes Vorwurdsitsein mit dem Denken und Wollen einer traditionsreichen Partei, die er nach außen und innen hin im Geiste ungebrochener Loyalität zu vertreten hat. Noch vieles kommt hinzu. Der Bundesgeschäftsführer der SPD übt ein Amt aus, das zu den wichtigsten und bürdenreichsten Ämtern gehört, die die Sozialdemokratische Partei zu vergeben hat. Es zehrt an den letzten Kräften und verlangt ständig den vollen Einsatz. Dem kommenden Mann fällt vor allem auch an entscheidender Stelle die Vorbereitung für den Wahlkampf zum VII. Deutschen Bundestag zu, der einer der schwersten in der Geschichte der Bundesrepublik werden wird. Darauf deuten schon heute alle Vorzeichen hin.

Zu wünschen wäre, daß die Führungsgremien der SPD bald den Nachfolger finden mögen. Diese Wahl duldet keinen langen Aufschub. Mit diesem Mann verbinden sich viele Hoffnungen und

Erwartungen, auch weit außerhalb der SPD. Das verpflichtet personell und sachlich.

Sehr viele haben den vorzeitigen Rücktritt des bisherigen Bundesgeschäftsführers Hans-Jürgen Wischnewski bedauert. Prinzipielle Gründe bewegen ihn, diesen Schritt zu tun. "Een-Wisch" bestand darauf, daß der Bundesgeschäftsführer der SPD nicht mehr von den Führungsgremien ernannt werden sollte, sondern vom Parteitag zu wählen sein würde. Dem widersetzte sich - und es gibt auch dafür beachtenswerte Gründe - eine Sperrmajorität der Delegierten des Außerordentlichen Parteitages. Wischnewski zog daraus zum Scherz und zur Enttäuschung seiner vielen Freunde sofort die Konsequenzen. Doch dies mindert nicht den Dank und die Anerkennung für seine herausragenden Leistungen als unermüdlicher und seine Mitarbeiter immer von neuem inspirierender Organisator des letzten Bundeswahlkampfes, dessen Ergebnis die längst fällige Aktivierung der deutschen Politik bewirkte und die politische Landschaft zum Besseren veränderte. Von "Een-Wisch" stammt die Idee der Einführung einer jederzeit übersehbaren zentralen Mitgliederkartei und der Gedanke, ein zentrales Informationsblatt zu schaffen, das allen Mitgliedern monatlich zugesandt werden wird. Diese beiden Vorhaben sind ein Novum in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und sind wohl geeignet, den inneren Zusammenhalt dieser Partei und ihrer Rolle als vorwärtsdrängende Kraft zu stärken und zu festigen.

MdB Hans-Jürgen Wischnewski, der Parteivorstandsmitglied bleibt, wird auch in Zukunft seine ganze Kraft und den Reichtum seiner Erfahrungen seiner Partei dienlich machen. Etwas anderes wäre von ihm auch nicht zu erwarten gewesen. In diesem Zusammenhang von einer Führungskrise in der SPD zu reden, das blieb nur einem Generalsekretär der CDU vorbehalten, der hinter Agitationsmauern die Wirklichkeit nicht mehr sieht. Dazu sagte der Bundeskanzler und SPD-Vorsitzende Willy Brandt: "Jeder macht sich lächerlich, so gut er kann!"

(ao/ex/20.12.1971/ks)